

## **Offener Brief an Minister Rösler**

Herr Minister Rösler: Sparen Sie 14 Milliarden auf einen Schlag – stoppen Sie die überflüssige Gesundheitskarte

Im Gesundheitswesen fehlt Geld. Viel Geld. Es droht ein Milliardendefizit in 2011, täglich dringen neue Sparvorschläge an die Öffentlichkeit. Doch eine sehr naheliegende und sinnvolle Sparmöglichkeit wird bisher nicht in Betracht gezogen.

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte ist gegen den erklärten Beschluss des Deutschen Ärztetages 2010 geplant. Noch vor der Sommerpause soll eine Rechtsverordnung erlassen werden, die Arzt und Zahnarztpraxen in Außenstellen der Kassen verwandelt. Künftig sollen die Praxen Identitäten der Patienten über ein zentrales Datennetz prüfen und nur nach erfolgreicher zeitintensiver Prüfung und Rückmeldung Patienten behandeln dürfen.

Falls die Rückmeldung negativ ist, müssen die Kranken finanziell sofort Vorkasse leisten. Egal, ob der Grund der negativen Rückmeldung zutreffend, nicht zutreffend oder einfach im Nichtfunktionieren des riesigen Datennetzes begründet ist.

Nach der Einführung der unsinnigen Praxisgebühr ist dies ein weiterer Schritt um die Arztpraxen mit Bürokratie zu belasten und die Patienten zu langen Wartezeiten zu zwingen. In den großen Gebieten unseres Landes ohne schnelle DSL Leitungen wird eine ärztliche Versorgung bei online Antwortzeiten von bis zu 20 Minuten pro Patientenkarte fast unmöglich gemacht.

Sensible Daten wie die Teilnahme an „Chronikerprogrammen“ Brustkrebs oder Diabetes gehören auch zu den „Versichertenstammdaten“ und sollen im Rahmen der geplanten Datenkontrolle in zentralen Rechneranlagen gespeichert werden. Arzt und Zahnarztpraxen sind aber keine „Patientenkontrollstellen“. Kranke müssen unbürokratisch behandelt werden können. Das Management der Versichertendaten ist originäre Aufgabe der Krankenkassen.

Der geplante bürokratische Akt ist nur der erste große Schritt zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte, die von vier Ärztetagen und einer großen Zahl von Patientenverbänden und Bürgerrechtsorganisationen abgelehnt wird. Schon jetzt sind bei gescheiterten E-Card Tests 1,5 Milliarden Euro Versichertengelder verschwendet worden.

**Die Unterzeichnenden fordern Minister Rösler auf, die Rechtsverordnung oder eine Gesetzesregelung im Rahmen des „GKV- Änderungsgesetzes“ zur verpflichtenden Online Anbindung aller Arztpraxen nicht zu erlassen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, dieser Einführung der e-Card „durch die Hintertür“ nicht zuzustimmen.**